

Entschädigung für Herero und Nama

„Vor hundert Jahren wurden die Unterdrücker – verblendet von kolonialem Wahn – in deutschem Namen zu Sendboten von Gewalt, Diskriminierung, Rassismus und Vernichtung. Die damaligen Gräueltaten waren das, was heute als Völkermord bezeichnet würde – für den ein General von Trotha heutzutage vor Gericht gebracht und verurteilt würde. Wir Deutschen bekennen uns zu unserer historisch-politischen, moralisch-ethischen Verantwortung und zu der Schuld, die Deutsche damals auf sich geladen haben. Ich bitte Sie im Sinne des gemeinsamen ‚Vater unser‘ um Vergebung unserer Schuld. Ohne bewusste Erinnerung, ohne tiefe Trauer kann es keine Versöhnung geben. Versöhnung braucht Erinnerung. Das Gedenkjahr 2004 sollte auch ein Jahr der Versöhnung werden.“

Mit diesen Worten entschuldigte sich die deutsche Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul am 14. August letzten Jahres anlässlich des 100. Jahrestages der Schlacht am Waterberg bei den Herero für den von Deutschen in Namibia begangenen Völkermord. Viele atmeten damals ob des neuen Umgangs mit diesem dunklen Teil der deutschen Geschichte erleichtert auf, hofften sie doch, dass die Aufarbeitung nun auch in Deutschland vorankommen würde. Nicht nur schien die koloniale Amnesie um den ersten deutschen Völkermord durchbrochen, sondern auch ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen Deutschland und den Herero aufgeschlagen.

Doch diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil scheinen sich die Fronten zwischen Hereros und Deutschen wieder verhärtet zu haben. Verantwortlich dafür ist zum einen die von Wiecek-Zeul noch in Namibia bestä-

tigte Haltung der bundesdeutschen Regierung, keine Entschädigung zu zahlen, zum anderen aber auch die Art und Weise, wie der so genannte Versöhnungsprozess vorangetrieben wurde.

Für einen Großteil der Herero um Chief Riruako, der „Wiedergutmachung“ in den USA einzuklagen suchte, ist eine Entschuldigung ohne Entschädigung lediglich eine hohle Phrase, ja Ausdruck einer rassistischen Gesinnung. Das häufig zu hörende Argument lautet: Deutschland habe den Genozid an den Juden, den Holocaust, eingestanden, und als Konsequenz daraus Wiedergutmachungszahlungen geleistet. Nun habe Deutschland einen zweiten Völkermord anerkannt, weigere sich aber, Reparationen zu leisten – und dies offensichtlich nur, weil die Opfer Afrikaner gewesen seien.

Entwicklungshilfe und Reparationen

Die Bundesregierung verweigert sich dagegen unter Verweis auf die hohe Entwicklungshilfe, die man seit der Unabhängigkeit Namibias eingedenk der besonderen Verantwortung leiste, jeder Diskussion um weitere Zahlungen. So richtig der Hinweis auf die Entwicklungshilfe ist, so verfehlt ist das Argument, es handele sich dabei um Wiedergutmachung. Entwicklungshilfe ist ein freiwilliges Angebot der Gebergesellschaft, ein nobler und moralischer Akt, man will helfen, teilen. Wiedergutmachung dagegen ist die Rückübertragung von etwas, was man dem anderen ungerechtfertigterweise genommen hat, ist Entschädigung für angerichtetes Unrecht. Es ist keine Hilfe, sondern Anspruch des Geschädigten.

Aber das Problem im Fall Namibias hängt auch mit der Organisation dieser Zahlungen zusammen – und damit mit namibischer Politik: Die Entwicklungshilfe wird nämlich an den namibischen Staat bezahlt, nicht jedoch an individuelle Opfer des deutschen Kolonialismus oder an die Gruppe der Herero.

Man wolle keine ethnische Spaltung des Landes fördern, ist in diesem Zusammenhang im Auswärtigen Amt und andernorts immer wieder zu hören. Wohlfeil wird so die Verantwortung für den Völkermord, der zu einem Zeitpunkt verübt wurde, an dem es einen namibischen Nationalstaat noch gar nicht gab, unter Verweis auf einen angeblichen Willen und Nutzen der Afrikaner entsorgt. Diente früher der Grundsatz des Teile und Herrsche, die bewusste Fragmentierung der unterjochten Gesellschaften zur Stabilisierung der kolonialen Ordnung, bietet nun die Betonung des Nationalen einen komfortablen Weg, sich aus der Verantwortung zu stellen. Der koloniale Weltgeist geht manchmal seltsame Wege.

Die deutsche Politik wird, will sie sich nicht dem Vorwurf des Messens mit zweierlei Maß und des Rassismus aussetzen, dafür sorgen müssen, dass auch die Herero an der deutschen Entwicklungshilfe beteiligt werden. Sich der historischen Verantwortung zu stellen, ist jedoch nicht nur Aufgabe der Politik; auch die deutsche Zivilgesellschaft ist gefragt, sich mit der Vergangenheit in einer Art und Weise auseinander zu setzen, wie sie es auch mit den Verbrechen des Nationalsozialismus getan hat. In einem Land, in dem die eigene koloniale Geschichte fast völlig vergessen und immer noch durch Mythen von der zivilisatorischen Leistung der Deutschen in Afrika überdeckt wird, wäre eine öffentliche Diskussion über den Genozid an den Herero und Nama ein wichtiger Beitrag. Der von Wiczorek-Zeul angestoßene Versöhnungsprozess hätte hier ein wichtiger Schritt sein können. Diese Chance wurde aber verschenkt.

Zwar fand letzten November in Bremen eine vollmundig apostrophierte Versöhnungskonferenz statt,¹ auf der sich erstmals eine größere Zahl Herero – sowohl aus dem Lager Riruakos als auch der SWAPO – mit Vertretern der

namibischen wie der deutschen Regierung traf; die bundesdeutsche Zivilgesellschaft war jedoch kaum beteiligt. Dabei wäre es zwingend notwendig, aus der Debatte um monetäre Entschädigung eine grundsätzliche über deutsche Kolonialgeschichte zu machen.²

Dass diese Chance nicht genutzt wurde, liegt am zu engen Verständnis des Versöhnungsprozesses. Da die Nachkommen der Opfer in Namibia leben, es dort auch nach wie vor eine deutschsprachige Bevölkerungsgruppe gibt, glaubt man, es reiche aus, wenn man sich auf die dortigen Gruppen beschränke. Die Bundesrepublik spielt dabei, in Zusammenarbeit mit dem Scherfschen Versöhnungskomitee, die Rolle des Moderators und Geldgebers, die bundesdeutsche Gesellschaft fehlt völlig. Die Debatte darüber, was vor 100 Jahren in Namibia geschah und wie heute damit umzugehen ist, wird dadurch nicht befördert. Diese Debatte in Deutschland und Namibia zu führen, ist aber erforderlich, gilt es sich doch erst einmal darauf zu einigen, wer sich mit wem und über was zu verständigen hat. Die tiefen Verletzungen innerhalb der afrikanischen Bevölkerung Namibias durch die Deutschen bzw. alle im Lande lebenden Weißen begannen zwar während der deutschen Kolonialherrschaft und erreichten im Genozid einen traurigen Höhepunkt; sie beschränkten sich aber nicht darauf, sondern setzten sich unter südafrikanischer Herrschaft fort. Und unterschiedliche namibische Gruppen waren zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich stark davon betroffen.

Wahrheit und Versöhnung

Die Ovambo, die heute die Mehrheit der Bevölkerung – und auch der Regierung – stellen, erfuhren den deutschen Kolonialismus in ganz anderer Weise als die

1 The German Herero War – One Hundred Years After. 1904-2004: Realities, Traumas, Perspectives.

2 Vgl. auch Jürgen Zimmerer und Joachim Zeller (Hg.), Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg in Namibia (1904-1908) und die Folgen, Berlin 2003.

Nama, Herero, Damara oder San. So blieben sie im Besitz des von ihnen kultivierten Bodens, während die Herero und Nama all ihr Land verloren. Wenn nun im Zeichen einer allgemeinen Landreform zwar Farmen in afrikanische Hände übergehen, im traditionellen Hereroland nun aber Ovambo Ländereien erhalten, ist das für Herero kein Teil der Aussöhnung, sondern ein erneuter Schlag ins Gesicht. Über derartige Probleme gilt es zu verhandeln, diese Debatte ist Teil der Vergangenheitspolitik. So schön sich der Ausdruck Versöhnungskommission anhört, auch in seiner Anspielung an den südafrikanischen Prozess, so sei doch daran erinnert, dass vor das Aushandeln von konkreten Zuwendungen das offene Gespräch über die Schuld der Vergangenheit gehört. Auch in Südafrika hieß das berühmte Gremium ja „Wahrheits- und Versöhnungskommission“. Ein derartiges offenes Gespräch wird manche Wunde aufreißen und manche Schmerzen bereiten. Wer dieses Gespräch aber mit dem Hinweis abzublocken trachtet, man müsse die Vergangenheit ruhen lassen und sich auf die Versöhnungsarbeit der Gegenwart konzentrieren – wie von Kreisen deutschsprachiger Namibier immer wieder zu hören ist –, der leistet der Verdrängung und Apologie Vorschub. Das gilt auch für Vertreter der Regierungspartei SWAPO, die sich der dunklen Flecken ihrer Vergangenheit ebenfalls durch den Verweis auf die Aufgaben der Zukunft entledigt. Schlussstriche, das lehrt die Geschichte, sind alles, nur nicht geeignete Instrumente, um eine unselige Vergangenheit auf Dauer zu verarbeiten.

In einer Versöhnungskommission muss die deutsche Zivilgesellschaft breiter vertreten sein. Eine derart breite Diskussion über die deutsche Verantwortung im Kolonialismus könnte der Beginn einer neuen Debatte über das Verhältnis von Afrika und Deutschland sein, und so könnte aus den Verbrechen des Kaiserreiches 100 Jahre danach ein Impuls werden, der ein besseres Geden-

ken wäre als alle in Stein gehauenen Denkmäler. Entgegen der in einschlägigen Kreisen zu hörenden Meinung, es handle sich um das Ausleben eines typisch deutschen Schuldkomplexes, der in einer nationalen Nabelschau immer nur auf deutsche Untaten schiele, gewönne Deutschland damit Anschluss an die internationale Vergangenheitspolitische Debatte. Denn in vielen anderen Ländern wird die koloniale Vergangenheit bereits kontrovers diskutiert, macht man sich Gedanken, wie Unrecht gesühnt, wie unterdrückte und teilweise ermordete Völker und deren Geschichte adäquat repräsentiert werden können. Ob die erbitterte Debatte in Australien um die genozidalen Züge der Besiedlungsgeschichte oder die Auseinandersetzung in den USA um die Sklaverei – das Thema steht überall auf der Tagesordnung. Und dass seit dem *Alaska Native Claims Settlement Act* von 1971, der den Ureinwohnern eine Mrd. US-Dollar Entschädigung zusprach, immer mehr Gruppen von *First Americans* entschädigt wurden und in Washington letztes Jahr an zentraler Stelle ein Museum für sie eröffnet wurde, ist nur ein weiterer Beleg für die globale Politik der Wiedergutmachung. Gerade diejenigen, die für Deutschland eine erinnerungspolitische „Normalität“ einklagen, müssten sich also freuen, dass diese mit der Debatte um den deutschen Genozid an den Herero und Nama und – so hoffentlich in diesem Jahr – um den Maji-Maji-Krieg in damaligen Deutsch-Ostafrika erreicht wird.

Für Deutschland schlosse sich damit zudem ein Kreis, denn in der Tat waren die Entschuldigungen und symbolischen Gesten der Sühne (man denke an Willy Brandts Kniefall in Warschau) sowie die Versuche monetärer Wiedergutmachung das Vorbild vieler dieser Entschädigungsforderungen für historisch erlittenes Unrecht – und somit auch für eine Kultur der Wiedergutmachung und Entschädigung.

Jürgen Zimmerer